

Ministerium für Bildung und
Wissenschaft
- Referat Presse -

Bundesministerium
für Bildung und Wissenschaft
- Referat Presse und Öffent-
lichkeitsarbeit -

Berlin, den 21. 06. 1990

Mitteilung

über die zweite Sitzung der Gemeinsamen Bildungskommission
am 21. 06. 1990 in Berlin

1. Auf Einladung des Bildungsministers der DDR, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, traf sich am 21. 06. 1990 in Berlin die Gemeinsame Bildungskommission zu ihrer zweiten Sitzung. Die bundesdeutsche Delegation wurde von Bundesminister Jürgen W. Möllemann und der stellvertretenden Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Senatorin Sybille Volkholz, geleitet.
2. Minister Meyer informierte zunächst über die neuesten Entwicklungen und Verordnungen für das Bildungswesen der DDR. Im gesamten Bildungswesen begann ein weitreichender Demokratisierungsprozeß. Das künftige gesamtdeutsche Bildungswesen wird weitgehend föderal - wie in der Bundesrepublik - strukturiert sein.
Für die Übergangszeit bis zur Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Länder und bis zum Inkrafttreten landesrechtlicher Regelungen werden unter Verantwortung des MBW vorläufige Schulaufsichtsbehörden gebildet. In Abstimmung mit den Regierungsbevollmächtigten der Bezirke sind die Landesschulräte ernannt worden.

Zur Entwicklung und Förderung der Verantwortung und des Zusammenwirkens aller an Unterricht und Erziehung Beteiligten werden auf der Ebene der Schule, des Land-/Stadtkreises und des Landes Mitwirkungsgruppen gebildet. Die in allen Schulen

zu bildenden Schulkonferenzen, in denen Lehrer, Eltern, Schüler und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit vertreten sind, wirken bei der Findung und Ernennung neuer Schuldirektoren mit. Alle Direktorenstellen sind durch die Schulaufsichtsbehörden ausgeschrieben.

Die Berufsbildungsarbeit ist darauf gerichtet, die Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung so zu gestalten und weiterzuentwickeln, daß Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie Staat und kommunale Gebietskörperschaften ihre Verantwortung wahrnehmen können. Dazu gehört besonders die Sicherung eines geordneten Übergangs der beruflichen Bildung in die soziale Marktwirtschaft. Diesem Ziel dient u. a. die Verordnung über die Aufrechterhaltung von Leistungen betrieblicher Kindergärten, polytechnischer und berufsbildender Einrichtungen.

An fast allen Universitäten und Hochschulen sind inzwischen neue akademische Gremien gebildet.

Die ehemaligen Strukturen des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums werden bis Ende Juni 1990 aufgelöst, ihre Hochschul-lehrer sind abberufen.

Die wissenschaftlichen Beiräte arbeiten gegenwärtig in enger Verbindung mit der Rektorenkonferenz an den neuen Rahmenstudienplänen für künftige Studiengänge.

Alle Rektoren bemühen sich weiterhin, ihre Ausbildungsstätten wesentlich stärker für Studienbewerber aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu öffnen, da die bisher vorgenommene Kapazitätserweiterung zum Wintersemester 1990/91 noch nicht ausreicht. Für die Studenten wurde eine Aufbesserung des Stipendiums erreicht, an einer neuen Regelung der Ausbildungsförderung, die an bundesdeutsche Regelungen anschließt, wird gegenwärtig gearbeitet.

Bei den gegenwärtig laufenden Verhandlungen zum Haushalt des MBW für das 2. Halbjahr 1990 vertritt Minister Meyer die Position, daß zur Gewährleistung des vorhandenen Niveaus des Bildungswesens erheblich mehr Mittel benötigt werden, als der Voranschlag vorsieht. Auch Investitionsvorhaben, die sich entweder in der Fertigstellung 1990 bzw. in der Fortführung befinden, sind sonst gefährdet. Minister Meyer drückte seine Sorge aus, daß die im Haushaltsvoranschlag für das MBW vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, um den bisher schon dürftigen Anteil der naturwissenschaftlich-technischen und der geisteswissenschaftlichen Forschung zu erhalten, und daß möglicherweise Beschäftigte im Bildungswesen auch aus Haushaltsgründen im 2. Halbjahr entlassen werden müßten.

Minister Meyer erklärt, daß er mit substantiellen Einschnitten im Bildungswesen und deren negativen Folgen für die Wissenschaft in einem künftig vereinten Deutschland nicht einverstanden sein kann.

3. Bundesminister Möllemann und Senatorin Volkholz unterstrichen die große Bereitschaft des Bundes und der Länder, die DDR in ihren Reformanstrengungen zu unterstützen und verwiesen auf die zahlreichen Projekte und Initiativen des Bundes und der Länder, durch die in Zusammenarbeit mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen der DDR der Reformprozeß unterstützt werde. Bundesminister Möllemann teilte mit, daß die Bundesrepublik Deutschland auf Initiative des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft weitere 15 Mio DM zur Anschaffung westlicher Lehrbücher für die Hochschulbibliotheken der DDR bereitstellt. Damit soll vor allem in den Fächern Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften und in anderen Studiengängen, in denen Marketing, Verkauf, Steuer- und Rechnungswesen, Management, Datenverarbeitung oder CNC-Technik gelehrt wird, ein erfolgsversprechendes Studium sichergestellt werden.

Die Bundesregierung will mit dieser Aktion die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Studienfächer in der DDR umfassend gelehrt werden können, die für die wirtschaftliche Reform und die gesellschaftliche Modernisierung von besonderer Bedeutung sind.

Frau Senatorin Volkholz verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Länder vorgesehen hätten, begleitende Materialien zum Englischunterricht für die Klasse 5 zu finanzieren.

Frau Senatorin Volkholz begrüßte es besonders, daß der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich auch in der DDR wie in der Bundesrepublik Deutschland eine föderale Struktur und die künftigen Länder dort gleiche Rechte und Zuständigkeiten wie die Länder in der Bundesrepublik Deutschland erhalten sollen. Die Länder in der Bundesrepublik Deutschland sehen der baldigen Realisierung dieser Absichten entgegen, um mit den zukünftigen Ländern in der DDR in einer gemeinsamen Kultusministerkonferenz zusammenzuarbeiten.

Die Bildungskommission war übereinstimmend der Auffassung, daß es bei der künftigen Entwicklung des Schulwesens in Deutschland darauf ankommt, Schritte festzulegen, wie sich eine vergleichbare Grundstruktur des Schulwesens erreichen läßt, durch die auch eine dauerhafte gegenseitige Anerkennung der schulischen Abschlüsse gesichert werden kann.

4. Die Bildungskommission befaßte sich auch mit der Finanzsituation des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR. Nach den Ausführungen von Minister Professor Meyer bestätigte die Kommission ihre Auffassung, daß künftig auch in der DDR jedem entsprechend seiner Neigung, Eignung und Leistung Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten offenstehen müssen.

Für die DDR gelte ebenso wie für die Bundesrepublik als rohstoffarmes Land: "Köpfe sind unser Kapital." Die Bildungs-kommission betonte, daß zur Fortführung der Veränderungen im Bildungswesen der DDR die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen, insbesondere im investiven Bereich. Sie begrüßte die Absicht des Ministers für Bildung und Wissenschaft, seinen Verantwortungsbereich konzeptionell und organisatorisch den neuen Herausforderungen anzupassen.

Die Bildungs-kommission diskutierte den Stand der Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens und stellte fest, daß die Schwerpunktsetzungen für die Zusammenarbeit sich als richtig erwiesen haben und daß die gegenseitige Orientierung der Bildungspolitik, die auf eine schrittweise Zusammenführung der beiden Bildungs- und Wissenschaftssysteme angelegt sei, zügig voranschreite.

5. Die Bildungs-kommission unterstützte die Grundsatzentscheidung der DDR zur Schaffung einer gemeinsamen Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Deutschland. Dazu gehört auch die Absicht, die Akademien, insbesondere die Akademie der Wissenschaften der DDR, grundlegend umzustrukturieren sowie Fachhochschulen in der DDR einzurichten. Die Entflechtung der Akademien wird zu einer Stärkung der Hochschulforschung in der DDR führen. Die Bildungs-kommission bittet den Wissenschaftsrat, eine Bestandsaufnahme der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der DDR vorzunehmen, in die alle universitären und außeruniversitären Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen einbezogen sind.

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme soll der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Struktur der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der DDR, zur Einordnung der Einrichtungen und Institutionen in diese Struktur sowie zum Ausbau der Einrichtungen erarbeiten.

Die Bildungs-kommission begrüßte die Erklärung von Minister Meyer zur Ausweitung der Ausbildungskapazitäten der Hochschulen in der DDR, insbesondere das Bemühen, die Voraussetzungen zu schaffen, noch zum Wintersemester 1990/91 weiteren Studienbewerbern die

Aufnahme eines Studiums an Hochschulen in der DDR zu ermöglichen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Kapazitätsbemessung künftig nicht mehr durch die Zahl der vorhandenen Wohnheim- und Mensaplätze bestimmt wird. Die Zulassung zum Studium in der DDR für Bewerber aus der Bundesrepublik Deutschland, die über eine in der Bundesrepublik erworbene Hochschulzugangsberechtigung verfügen, wird künftig nicht von weiteren Nachweisen besonderer Leistungen auf einzelnen Fachgebieten abhängig gemacht.

Die Bildungskommission unterstützte die Absicht der DDR, Voraussetzungen zu schaffen, die eine Ausbildung, insbesondere in Wirtschafts-, Rechts-, Geistes- und Sozialwissenschaften an den Hochschulen der DDR entsprechend der Ausbildung in diesen Fächern an Hochschulen der Bundesrepublik ermöglichen.

Die Bildungskommission begrüßte es, daß DFG und DAAD künftig ihre Aufgaben in der Forschungsförderung bzw. im Studenten- und Wissenschaftlertausch für das vereinigte Deutschland wahrnehmen wollen. Beide Einrichtungen werden gebeten, Vertreter der Hochschulen und der zuständigen Regierungsstellen der DDR in ihren Gremien zu beteiligen. Die Bildungskommission hält es für erforderlich, alsbald zu klären, wie die notwendigen zusätzlichen Mittel für DFG und DAAD aufgebracht werden. Insofern begrüßt sie die grundsätzliche Zusage der DDR, einen Beitrag zum Haushalt der DFG zu leisten. Dies ist auch für den DAAD erforderlich.

6. Die Bildungskommission hat die Expertengruppe Ausbildungsförderung beauftragt, Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung der Ausbildungsförderung in der DDR auszuarbeiten, die, unter Berücksichtigung tatsächlicher oder rechtlicher Besonderheiten in der DDR, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz entsprechen sollte. Diese Regelung soll spätestens am 1. 4. 1991 in Kraft treten; bis dahin sollten keine Regelungen getroffen werden, die den Übergang auf das Bundesausbildungsförderungssystem erschweren.

7. Gleichzeitig bestand Übereinstimmung über die Notwendigkeit, den jungen Menschen im erwerbsfähigen Alter in der DDR adäquate berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, die den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden. Angesichts des aus der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion folgenden wirtschaftlichen Umstellungsprozesses begrüßte die Bildungskommission die Absicht der Regierung der DDR, das Berufsbildungsrecht der Bundesrepublik Deutschland zum 1. 9. 1990 zu übernehmen und die damit verbundenen strukturellen Reformen des Berufsbildungssystems der DDR herbeizuführen. Die Bildungskommission sieht deshalb eine vordringliche Aufgabe darin, die mit der Einführung dieses Ordnungsrahmens entstehenden Risiken und Probleme zu mildern und dazu beizutragen, daß die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für einen geordneten und sozial verträglichen Übergang zur Verfügung stehen. Es müssen Lösungen gefunden werden, die es allen schulentlassenen Jugendlichen und Lehrstellenbewerbern ermöglichen, eine berufliche Qualifizierung zu erhalten, und die ein Wegbrechen notwendiger Berufsbildungskapazitäten für die praktische und theoretische Berufsausbildung vermeiden. Die Bildungskommission erwartet von der Unterkommission Schulische und betriebliche Berufsbildung und den von ihr eingesetzten Arbeitsgruppen, in denen auch die Sozialpartner mitwirken, wesentliche Beiträge zur Gewährleistung eines möglichst reibungslosen Übergangs.
8. Die raschen Veränderungen im politischen, gesellschaftlichen und technischen Bereich machen Weiterbildung zu einer großen bildungspolitischen Herausforderung für die nächsten Jahre. Dabei besteht kurzfristig in der DDR die Notwendigkeit, den Bürgern im erwerbsfähigen Alter alternative Weiterbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Minister Prof. Meyer verwies auf den hohen individuellen und gesellschaftlichen Stellenwert, der der Weiterbildung für die Bewältigung der politischen,

wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in der DDR zukomme. Er betonte, daß neben der beruflichen Weiterbildung auch der *allgemeinen und politischen Weiterbildung bei dem Zusammenwachsen* der beiden deutschen Staaten eine besondere Bedeutung zukäme. Von dem z. Z. in Berlin stattfindenden Kolloquium zur Weiterbildung erhoffe er sich Grundlagen für den gemeinsamen weiteren Weg im gesamten Bereich der Weiterbildung und Impulse für die Zusammenarbeit. Die Bildungskommission sieht aufgrund erster Erörterungen der aktuellen Entwicklungen und Aufgabenstellungen deshalb die Lösung nachfolgender Fragen als vor- dringlich an:

- Die Sicherstellung ausreichender Kapazitäten der Weiterbildung, insbesondere der Übergangsförderung für die Überführung erhaltenswerter Kapazitäten der Weiterbildung in neue Trägerstrukturen.
- Die Sicherstellung der erforderlichen Beratung bei der Umwandlung und Neugründung von Trägern der Weiterbildung.
- Die rasche Qualifizierung der Beschäftigten in der Weiterbildung insbesondere im kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Bereich.

Die Bildungskommission empfiehlt deshalb die Zusammenarbeit der Beteiligten der Weiterbildung in der DDR mit der KMK und der konzertierten Aktion Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland.

9. Die Bildungskommission beauftragte die Unterkommissionen und Expertengruppen, die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten, um eine zügige und möglichst harmonische Zusammenführung der Bildungs- und Wissenschaftssysteme sicherzustellen.

10. Die Minister wiederholten ihre Absicht, sich gegenseitig an Sitzungen wichtiger Gremien zu beteiligen. Dementsprechend sei man in der KMK übereingekommen, schon jetzt zu allen Gremien Vertreter der DDR einzuladen. Zu allen wichtigen Beratungen seitens des MBW, z. B. mit Landesschulräten, werden Vertreter der Bundesrepublik eingeladen.

Minister Meyer und Minister Terpe werden am 25. 6. 1990 an der Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung in Bonn teilnehmen. Minister Meyer nahm ferner eine Einladung zu dem für den 8. November 1990 vorgesehenen Treffen der EG-Hochschulminister in Sienna an.